

## Noch ist alles offen

Wie von Realisten schon lange befürchtet, ist nun tatsächlich die Finanzierung der GAP im erforderlichen Umfang in Frage gestellt.

### Zwei Budgetvorschläge als Ausgangspunkt

Bezeichnung	2007 – 2013	2014 – 2020	2014 – 2020	Differenz Ist zu K-V Mio. € / %	Differenz Ist zu VR-V Mio. € / %
	Ist-Werte Mio. Euro	K-Vorschlag Mio. Euro	VR-Vorschlag Mio. Euro		
EU-Gesamt	995.379	1.091.552	973.234	+ 96.173 / + 9,7	- 22.145 / - 2,2
EU-Agrar	420.682	389.972	364.472	- 30.710 / - 7,3	- 56.210 / - 13,4
EU-DZ	319.000	286.551	269.852	- 32.449 / -10,2	- 49.148 / - 15,4
EU-LE	97.800	91.967	83.666	- 5.833 / - 6,0	- 14.134 / - 14,5
Österreich-DZ	5.149	4.402	4.148	- 747 / -14,5	- 1.001 / - 19,4
Österreich-LE	4.118	3.194	2.893	- 924 / -22,4	- 1.225 / - 30,0

EU-Agrar = EU-Agrarbudget, DZ = Direktzahlungen, LE = Ländliche Entwicklung, K-Vorschlag = Kommissionsvorschlag, VR-Vorschlag = Van Rompuy-Vorschlag

Der Budgetvorschlag der Kommission sieht eine Aufstockung der Gesamtmittel und erhöhte oder gleichbleibende Ansätze bei allen Positionen - mit Ausnahme der Landwirtschaft – vor. Die Agrargelder sollen um immerhin 7,3% gekürzt werden. Europas Bauern vertrauten den schönen Versprechungen der Eurokraten und ließen sich leider in die subventionsdominierte GAP hinein manövrieren. Daher ist schon die von der Kommission vorgeschlagene Kürzung des Agrarbudgets ein Vertrauensbruch an den Bauern.

Der extrem bauern- und österreichfeindliche Haushaltsvorschlag des ständigen Ratspräsidenten Herman Van Rompuy sieht, bezogen auf das laufende Budget, eine überproportionale Kürzung der EU-Agrargelder um 13,4% vor. Im Einzelnen sollen nach diesem Konzept die Direktzahlungen um 15,4% und die Mittel für die ländliche Entwicklung um 14,5% reduziert werden. Die für Österreich vorgesehenen Radikalreduktionen der Direktzahlungen um 19,4% und der Mittel für den ländlichen Raum um 30,0% (!) stellen nicht nur einen eklatanten Vertrauensbruch, sondern auch eine Provokation Österreichs dar. Man könnte diese Diskriminierung des Nettozahlers Österreich und seiner Bauern als Fortsetzung der seinerzeitigen Sanktionen in anderer Form verstehen. Dagegen sollte sich Österreich mit allen Mitteln und ohne diplomatisches Herumgeeier zur Wehr setzen.

Die Umsetzung des Van Rompuy-Planes bliebe natürlich nicht ohne Folgen hinsichtlich der zukünftige Agrarstruktur Europas und insbesondere Österreichs. Die Agrarstrukturerhebung 2010 weist für Österreich noch 173.317 land- und forstwirtschaftliche Betriebe aus. Auf Basis des Van Rompuy-Planes kann unter Berücksichtigung aller zur Verfügung stehenden Einzeldaten bezüglich Betriebsgröße, Waldanteil, Seehöhe, Topografie, Produktionsausrichtung und unter Einbeziehung der wahrscheinlichen Entwicklung von Erzeugerpreisen und Produktionskosten, mit einer weiteren Abnahme der Land- und Forstwirtschaftliche Betriebe um ca. 40% oder 69.300 auf 104.000 Betriebe, bis 2020 gerechnet werden. Dies würde in Österreich zu mindestens 140.000 zusätzlichen Arbeitslosen und damit zu erheblichen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Spannungen führen.

Jedenfalls hat Präsident Herman Von Rompuy gute Chancen als Befreier Österreichs von seinen Bauern in die Geschichte einzugehen.

Wolf Müller